

Erscheint wöchentlich Freitags.
Zu beziehen nur durch die Post
zum Preise von 1,20 M., fürs
Ausland 1,50 M. vierteljährlich.

Inserate kosten 30 Pfennig pro
3gespaltene Zeile.
Bei Wiederholungen entsprechen-
der Rabatt.

Sattler-

und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Lederverindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 16 .: 26. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Bräun-
straße 106 .: Telefon: Amt Moritzplatz, 2120

Berlin, den 19. April 1912

Inhalt: Beitragszahlung. — Streifennotizen. — Tages-
ordnung der Generalversammlung. — Bekanntmachung des
Lokalkomitees. — Die Ausgabe unserer Zeit. — Zur Ge-
neralversammlung in München. — Krankentafelverbände
und Leipziger Metzerverband. — Streiks und Lohnbewe-
gungen. — Aus unserem Verne. — Aus Industrie und
Handel. — Korrespondenzen. — Aus anderen Organi-
sationen. — Sterbetafel. — Soziales. — Adressenänderungen.
Versammlungskalender. — Anzeigen.

Für die Woche vom 21. bis 27. April ist
der 17. Verbandsbeitrag fällig. Wer länger
als fünf Wochen mit seinen Beiträgen im
Rückstande ist, kann keinerlei Unterstützung aus
der Verbandskasse erhalten.

Achtung! Kollegen! Achtung!

Rothenburg i. T. Die Arbeiterschaft der
hiesigen Kinderwagenfabrikation steht im Streik
und ist Bezug streng fernzuhalten.

Berlin. Die in der Wagen- und Auto-
industrie beschäftigten Personen stehen in der
Lohnbewegung. Außerdem dauert der Streik in
der Wagenfabrik von Gebr. Wiedenbach Nachf.-
Bankow unverändert fort. Bezug von Wagen-
und Autosattlern ist unter allen Umständen
fernzuhalten.

Halle a. S. Die Sattler der Wagenfabrik
der Firma Lindner in Amendorf haben
am 20. März einmütig die Arbeit niedergelegt.
Die Firma sucht auch unter der Deckadresse
Kellner in der bürgerlichen Presse Nichtver-
bändler. Hoffentlich meiden alle zuständig ge-
fundenen Sattler den Betrieb bis zur Beilegung
der Differenzen.

Hamburg. Der Streik der Treibriemen-
sattler bei der Firma Karl Marx dauert unver-
ändert fort.

Frankfurt a. M. An dem Lohnkampf in der
Frankfurter Metallindustrie sind auch unsere
Sattlerkollegen aktiv beteiligt, weswegen Bezug
streng fernzuhalten ist.

Leipzig. Bei der Firma Schmieds, Werner
u. Stein streiken sämtliche Arbeiter, darunter
auch die Sattler.

Görlitz. Wegen des allgemeinen Streiks in
der Waggonfabrik ist Bezug von Sattlern fern-
zuhalten.

Varel. Der Streik in der Treibriemen-
fabrik von Schwabe u. Söhne dauert unver-
ändert fort.

München. Die Gewerbeerichtsverhand-
lung mit der Firma Gottschalk (Selle und Pläne)
ist ergebnislos verlaufen, weshalb alle Sattler
und Näherinnen die Arbeit niedergelegt haben.

Achtung! Militärattler! Achtung!

Wegen Lohnunterschieden ist Bezug streng
fernzuhalten nach Eberfeld, Mülheim-Auhr,
Offenbach und Straßburg i. G.

Verband d. Sattler u. Portefeuille. Bekanntmachung.

Der Zentralvorstand beruft hierdurch unsere
2. ordentl. Generalversammlung
zu Mittwoch, den 29. Mai 1912,
vormittags 10 Uhr, nach
München

Restaurant „Alte Schießstätte“ auf der Theresien-
höhe ein.

Tagesordnung:

1. Konstituierung der Generalversammlung.
2. Geschäftsbericht
 - a) des Vorstandes.
 - b) der Kassenverwaltung.
 - c) der Redaktion.
 - d) des Ausschusses.
3. Beratung der Anträge zum Statut.
 - a) die Beitragsfrage.
 - b) die übrigen beantragten Änderungen.
4. Sonstige Anträge.
5. Unsere sozialpolitischen Aufgaben.
 - a) „Die Gefängnisarbeit in unserem Ver-
rufe.“ Referent Kollege Busch-Leipzig.
 - b) „Was haben wir von dem neuen Heim-
arbeitergesetz zu erwarten?“ Referent
Kollege Weinshild.
 - c) „Die gewerkschaftlich-genossenschaftliche
Volksversicherung.“ Ref.: Kollege Blum.
6. Wahlen
 - a) der Verbandsleitung und des Redakteurs.
 - b) des Vorortes des Ausschusses.
 - c) des Vorsitzenden des Ausschusses.
7. Bestimmung des Ortes der nächsten General-
versammlung.

Der Zentralvorstand.

J. A. B. Blum.

Bekanntmachung des Lokalkomitees.

1. Die Kollegen, die zur heutigen General-
versammlung kommen, machen wir darauf aufmerksam,
daß München am Fuße der schönen bayerischen
Alpen und in nächster Nähe der herrlichen bayerischen
Seen liegt. Da nun anzunehmen ist, daß es einer
Anzahl von Kollegen möglich sein wird, bereits zu
den Pfingstfeiertagen nach München zu kommen, so
halten wir uns verpflichtet, bekanntzugeben, daß sich
von hier aus verhältnismäßig billig ein- und zwei-
tägige Ausflüge an unsere Seen und ins Gebirge
machen lassen. Wir haben davon abgesehen, für die
Pfingstfeiertage einen gemeinsamen Ausflug zu ver-
anstalten, da das Eintreffen der Kollegen zu sehr
verschiedenen Zeiten erfolgt, sind aber sehr gern be-
reit, mit Mitfahrgelegenheiten, Touren zusammen-
zustellen usw. Deshalb ersuchen wir die Kollegen,
die Ausflüge machen wollen, sich rechtzeitig an den
Unterfertigten zu wenden.

2. Diejenigen Delegierten, welche eine Wohnung
bestellt haben wollen, müssen sich an J. A. B. Blum,
Bergmannstraße 16 III, wenden. Wir machen die Dele-
gierten darauf aufmerksam, daß die Bayerische Ge-
werbeausstellung für Pfingsten einen großen
Zweckbesuch nach München bringen wird.
Mit kollegialem Gruß!

Joseph Barth, Schellingstraße 12 I.

Die Aufgabe unserer Zeit.

Das menschliche Leben beruht auf Nahrung,
Kleidung und Wohnung. Nur wenn diese ga-
rantiert sind, sind Freiheit, Kultur und höhere
menschliche Entwicklung möglich. Um Nahrung,
Kleidung und Wohnung zu produzieren,
sind Land und Maschinen nötig. Das Land
allein befriedigt die menschlichen Bedürfnisse
nicht. Menschliche Arbeit erschafft Maschinen
und wendet dieselbe auf das Land an behufs
Produktion von Rohmaterial und Nahrung.
Wer immer Land und Maschinen kontrolliert,
kontrolliert die menschliche Arbeit und damit
das menschliche Leben und die menschliche
Freiheit.

Heute sind Maschinen und Land für in-
dustrielle Zwecke in Besitz einer sich rasch ver-
mindernden Minorität.

Aber wenn die Maschinen immer kompli-
zierter und teurer wird und zu ihrer wirksamen
Verwendung die Anstrengung vieler Arbeiter
erfordert, reicht ihr Einfluß über weite Kreise
des Lebens. Die Besitzer solcher Maschinen
werden nun zur herrschenden Klasse.

Die Zahl solcher Maschinenbesitzer, ver-
glichen zu der Zahl der Menschen in allen an-
deren Klassen, vermindert sich, während ihre
Macht in der Nation und in der Welt wächst.
Zimmer größere Massen von Arbeitern bringen
sie unter ihre Kontrolle, sie bis zu einem
Punkte erniedrigend, wo Muskel und Gehirn
das einzige produzierende Eigentum sind. Mil-
lionen von früheren selbständigen Arbeitern
werden zu hilflosen Lohnsklaven der industriellen
Meister.

In dem Maße, wie die wirtschaftliche Macht
der herrschenden Klasse wächst, wird sie weniger
wert im Leben der Nation. Alle nützliche Arbeit
fällt auf die Schultern der Klasse, welche, ab-
gesehen von ihrer Arbeitskraft, nur wenig Land
und wenig wirksame Maschinen besitzt, auf die
kleinen Geschäftskreise und Kleinbauern. Die
herrschende Minorität verliert stetig an Nutzen
und wird parasitisch.

Ein bitterer Kampf über die Teilung der
Produkte der Arbeiter hat sich zwischen der aus-
beutenden und besitzenden Klasse auf der einen
Seite und der ausgebeuteten, besitzlosen Klasse
auf der anderen erhoben. In diesem Kampf
kann die Arbeiterklasse keine entsprechende Ab-
hilfe erwarten von irgendwelcher Art, wie
bloßer Reform der jetzigen „Ordnung“ seitens
der herrschenden Klasse.

Die Tatsache, daß es wenigen Kapitalisten
erlaubt ist, alle industriellen Hilfsmittel und
gesellschaftlichen Werkzeuge des Landes für ihren
industriellen Profit zu kontrollieren und die
Produktion aller Lebensbedürfnisse zum Gegen-
stand privater Konkurrenzunternehmen und der
Spekulation zu machen, liegt allen gesellschaft-
lichen Uebeln unserer Zeit zugrunde.

Trotz der Organisation von Trusts und Syndikaten sind die Kapitalisten ohnmächtig, die Produktion für gesellschaftliche Zwecke zu regulieren. Die Industrien werden zum größten Teil in plautloher Weise geführt. In Perioden sieberhafter Tätigkeit wird die Kraft und Gesundheit der Arbeiter erbarmungslos verbraucht, und in Zeiten erzwungenen Müßigganges werden die Arbeiter oft nahezu zum Verhungern verdammt.

Die Kapitalistenklasse ist in ihrem wohnsinnigen Wettrennen nach Profit gezwungen, die Arbeiter bis zur Grenze der Erträglichkeit auszubeuten und deren physisches, moralisches und geistiges Wohlergehen ihrer unerzähllichen Gier zu opfern. Der Kapitalismus hält die Massen der Arbeiter in Armut, Bedürftigkeit, physischer Erschöpfung und Unwissenheit. Er schleppt ihre Frauen von ihrem Heim in die Fabrik. Er reißt die Kinder von ihren Spielplätzen und Schulen und münzt ihre mageren Körper und ungebildeten Seelen zu faltem Golde um. Er verkrüppelt, entstellt und tötet jährlich Hunderttausende von Arbeitern in Minen, auf Banten und in Fabriken. Er treibt Millionen von Arbeitern in die Reihen der Unbeschäftigten und macht eine große Zahl derselben zu Bettlern und Verbrechern aller Art.

Der Kampf zwischen den Arbeitern und Kapitalisten wird stetig schärfer. Zudem er ein Massenkampf der Arbeiter ist, ist er zugleich ein Kampf für die Abschaffung aller Klassen und aller Klassenvorrechte.

Die Grundlage für eine solche Umbildung entwickelt sich innerhalb der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaft mit großer Schnelligkeit. Das Fabriksystem mit seiner komplizierten Maschinerie und bis ins kleinste geregelten Arbeitsteilung zerstört alle Spuren individueller Produktion in der Fabrikation. Unsere moderne Produktion ist schon zum großen Teil eine gemeinshaftliche und gesellschaftliche Produktion. Die großen Trusts und Monopole, welche in den letzten Jahren emporgewachsen sind, haben die Arbeit und Verwaltung der hauptsächlichsten Industrien auf nationale Basis organisiert und für den kollektiven Gebrauch und die Verwaltung vorbereitet.

Das Privateigentum an Land und anderen Produktionsmitteln zum Zweck der Ausbeutung ist also der Fess, auf welchen die Klassenherrschaft gebaut ist, und die politische Regierung ist ihr unentbehrliches Instrument. Die Lohnarbeiter können von der Ausbeutung nicht befreit werden, ohne die politische Macht zu erringen und an Stelle des Privateigentums an Land und den Mitteln von Produktion, das zur Ausbeutung benutzt wird, das gemeinschaftliche Eigentum zu setzen.

Zur Generalversammlung in München.

XXV.

Ist die Staffellung der Beiträge technisch unmöglich?

Die Beitragsfrage läßt die Herzen höher schlagen und den Mund überlaufen. Wir auch. So leicht will man sich eine Erhöhung der Beiträge nicht gefallen lassen. Käme auf der Generalversammlung in München die Meinung zur Geltung, welche in den meisten Filialen vorherrscht, so wäre die Beitragsfrage schon verabschiedet. Aber darin herrscht Einmütigkeit: Die minderbezahlten Kollegen müssen berücksichtigt werden. Auch München, von dem es geht, es sei für die Erhöhung der Beiträge, sieht hier eine Staffellung vor. (Siehe Artikel XXIII in Nr. 14.) Auch im Artikel XX spricht sich J. Steiner für eine Staffellung aus; und, wenn ich ihn recht verstehe, nennt er das Erheben von Sozialzuschlägen für gefährlich. Auch meine Meinung. Ich halte das Erheben der hohen Sozialzuschläge für ungesund und verwerflich. Schon aus dem Grunde, weil dadurch die allgemeine Beitrags-erhöhung auf einen viel größeren Widerstand stoßen und somit ein Gemis der Finanzierung der Zentralkasse wird. Man mag da viel reden von der Möglichkeit derselben, z. B. um an Orten bei entstandenen Differenzen die Kollegen besser unterstützen zu können und so vorzubeugen, daß selbige sich nicht um jeden Preis anbieten, wie mir schon gesagt worden ist, wenn ich gegen die Bitte der hohen Sozialzuschläge geredet. Das eine steht für mich fest: Hätten wir nicht in so manchen Filialen und zwar Filialen mit

hoher Mitgliederzahl, einen so hohen Sozialzuschlag, dann käme der Vorschlag des Zentralvorstandes zwecks Erhöhung des Zentralbeitrages um 10 Pf. entschieden leichter durch. Aber so — mit hohen Sozialzuschlägen und nun nochmal 10 Pf. mit der „tröstlichen“ Aussicht zur übernächsten Generalversammlung wieder die gleiche Beförderung. Da ist es doch am Platze, die Staffellung ernstlich zu erwägen.

Der Zentralvorstand ist aus „technischen Unmöglichkeitensgründen“ gegen eine Staffellung. Ja, lieber Zentralvorstand, wenn auch diesmal bei einer Staffellung nicht das finanzielle Ergebnis zu verzeichnen ist denn das ist die „technische Unmöglichkeit“, daß ihr wünscht, ihr müßt euch damit abfinden! Einmal muß die Staffellung kommen und darum überlegt nochmal, ob das „technische“ Hindernis nicht zu überwinden ist.

Die Staffellung nach J. Steiner, Artikel XX, halte ich für zu kompliziert; hier wäre isolierte Mehrarbeit in Massenführung und Berechnung vorhanden. Wie wäre es denn, die von verschiedenen Filialen gestellten Anträge anzunehmen, die da lauten: Kollegen, die bis zu einem gewissen Maße verdienen, zahlen den Beitrag der weiblichen Mitglieder und erhalten Unterstützung nach Maßgabe der Unterstützung für weibliche Mitglieder und weiter sage ich dann: Mitglieder bis 36 M. Verdienst zahlen 60 Pf. Zentralbeitrag und über 36 M. Verdienst zahlen 65 Pf. Ich denke, der Vorschlag könnte diskutiert werden und würde bei Annahme auch kein schlechtes Ergebnis für die Zentralkasse zeitigen. Zur schnelleren Orientierung für den Kassierer könnten die Filialarten der Kassierer drei verschiedene Farben haben. (Weißlich weiß, zweite Klasse rot, dritte Klasse blau.) Sagt nicht, es macht zu viel Arbeit. Die Unterstützungssätze sind für die beiden letzten Klassen gleich und mit meinem, allerdings Laienverständnis, kann diese Einführung nicht so viel Mehrarbeit verursachen, daß wegen technischer Schwierigkeit dieser Vorschlag nicht ernstlich in Erwägung gezogen wird.

Und nun noch kurz zu den Sozialzuschlägen. Wie wäre es, wenn die Generalversammlung in München nicht über einen Sozialzuschlag von 10 Pf. hinausgehen? Filialen mit hoher Mitgliederzahl können dann bei sparsamem Verwenden der Gelder hübsche Ersparnisse machen, und wenn die Filialen mit bereits höherem Zuschlag auch ein Loch zurück-schnallen müssen; den meisten Kollegen wäre dies angenehm und die Finanzierung der Zentralkasse würde in gesünderer Bahnen gehen, könnte evtl. später in „Sachen von Unterstützung“ mehr leisten, und der Allgemeinheit wäre sicher ein größerer Dienst getan, als der wäre, den sich einzelne Filialen mit hohem Sozialzuschlag meinen geleistet zu haben, „der aber in Wirklichkeit nicht so groß ist, als mancher denkt“.

W. Siebenmorgen, Stuttgart.

XXVI.

Das „Nachblatt“ der Sattler, Riemer und Käschner Oesterreichs äußert sich zu der in unserem Organ geführten Diskussion über die vom Ausschuss und Zentralvorstand beantragte Beitragserhöhung u. a.:

„Ein großer Teil der Diskussionssteilnehmer hegt die Befürchtung, daß die geplante Beitragserhöhung der Entwicklung des Verbandes, besonders in den kleineren Orten, hinderlich sein werde.“

Um dies zu vermeiden, werden von den Kollegen Gegenvorschläge gemacht, so unter anderem die Einführung der Staffelbeiträge (das österreichische Klassenjenseitigen fessigen Angebens), die Festsetzung der Beiträge nach Branchen- oder Ortsverhältnissen oder die Selbstbeurteilung der Kollegen usw. Alle diese Vorschläge haben wenig Aussicht, angenommen zu werden.

Mehr Aussicht auf Erfolg hat der Antrag eines Kollegen, welcher einen einheitlichen Zentralbeitrag von 50 Pf. für männliche und 25 Pf. für weibliche Mitglieder festgesetzt wissen will. Diese Beiträge wären in ihrer vollen Höhe an die Zentrale abzuführen und hätte die Hauptkasse alle Gegenleistungen zu leisten, welche ihr schon gegenwärtig durch das Statut auferlegt sind. Die Ortsverwaltungen hätten zur Deckung ihrer Kosten zu diesem Zentralbeitrag nur einen entsprechenden Sozialzuschlag einzubringen, der nicht unter 5 Pf. sein darf und den sozialen Bedürfnissen entsprechend eine Steigerung von 10, 15, 20 und 25 Pf. erfahren kann. Mit diesem Antrag wäre den Befürchtungen Rechnung getragen, daß die in schlechteren Lohnverhältnissen arbeitenden Kollegen nicht in der Lage sind, den erhöhten Beitrag zu bezahlen und der Organisation fernbleiben würden.

Auf einzelne kleine Orte mag diese Befürchtung ja zutreffen, aber im großen und ganzen sind unsere deutschen Kollegen sicherlich in der Lage, diese geringe Beitragserhöhung auf sich zu nehmen. Heutzutage wird genau dasselbe Klageged bei jeder verlangten Beitragserhöhung auch von einer Anzahl Kollegen

bei uns in Oesterreich regelmäßig angebracht, trotzdem hier wie dort ruhig behauptet werden kann, daß fast jeder einzelne wöchentlich mehr ausbildet, als die verlangte wöchentliche Beitragserhöhung ausmacht, und zwar für Dinge, die zum Leben durchaus nicht so notwendig und wichtig sind, wie eine gute und lebensfähige Organisation. Aber wenn es sich darum handelt, für seine eigene Organisation etwas zu bewilligen, da finden sich immer ein paar Rechenschüster, welche beweisen, daß es gerade diese 10 Heller oder Pfennige sind, welche zu leisten die Kollegen absolut nicht mehr in der Lage sind. Die Sache ist übrigens nicht so schlimm, da sich in der Regel auch die heftigste Opposition von der Notwendigkeit der Beitragserhöhung überzeugen läßt.

Eines jedoch wundert uns an unseren sonst so klugen deutschen Genossen sehr, das ist der Versuch einzelner Verwaltungsstellen, ihren Delegierten eine gebundene Marschroute mitzugeben und dieselben solcher Art um das Recht der freien Meinungsäußerung zu bringen. Wir glauben übrigens, daß diese Reichnisse bei ruhiger Ueberlegung weder aufrechterhalten bleiben können, noch, daß sich Delegierte finden werden, die unter solch demütigenden Bedingungen ein derartiges Mandat annehmen. Durch die persönliche Aussprache der Delegierten bei der Generalversammlung wird schon der richtige Weg gefunden werden, der eingehalten werden muß, um dem Verbands sowie dessen Mitgliedern zum Vorteile zu gereichen. In diesem Sinne wünschen auch wir den Verhandlungen unserer deutschen Kollegen den besten Erfolg.“

Krankenkassenverbände und Leipziger Herzerverband.

Von den großen Krankenkassenhauptverbänden werden wir um Veröffentlichung der folgenden Erklärung gebeten:

Der Leipziger Herzerverband verbreitet in der Öffentlichkeit die Mitteilung, daß die Krankenkassen den Kampf gegen die Ärzte im stillen vorbereiten. Diese Behauptung ist wahrheitswidrig und irreführend. Die Krankenkassen wünschen nichts sehnlicher, als mit den Ärzten in Frieden zu leben, um ungehindert die ihnen vom Gesetzgeber zugewiesenen bedeutsamen Aufgaben zu erfüllen. Die Verbände der verschiedenen Kassenarten, welche über 18 Millionen Reichsmark umfassen, und Arbeitgeber, Angestellte und Arbeiter aller Parteien in sich vereinigen, erklären einmütig, daß die Krankenkassen nach wie vor bereit sind, den für die Kassen tätigen Ärzten eine durch langfristige Verträge zu sichernde würdige Stellung und Vergütung ihrer Leistungen zu gewährleisten.

Die unterzeichneten Verbände stellen aber fest, daß der Leipziger Verband seinerseits unumkehrbar nach Verabschiedung der Reichsversicherungsordnung den Entschluß angefaßt hat, seine bekannten Forderungen bei den Krankenkassen mit den Mitteln der Selbsthilfe durchzusetzen. Die grundlegenden Beschlüsse hierüber wurden bereits auf dem Stuttgarter Kongress am 22. bis 24. Juni 1911 gefaßt. Weiter haben am 18. Februar d. J. der Leipziger Verband und der Herzvereinsbund gemeinsam beschlossen, daß zur erfolgreichen Durchführung der Forderungen alle örtlichen Organisationen nach den Beschlüssen des Leipziger Verbandes „gleichzeitig, geschlossen, gleichmäßig und einheitlich“ gegen die Krankenkassen vorgehen sollen. Das kann nur die Androhung des Generalfreits bei den Krankenkassen bedeuten!

Trotz ihrer Bereitwilligkeit, allen berechtigten Wünschen der Ärzte entgegenzukommen, sind die Krankenkassen in Abhängung der ihnen anvertrauten öffentlichen Interessen nicht in der Lage, die maßlosen Forderungen der im Leipziger Verbände vereinigten Ärzte zu erfüllen. Namentlich weisen sie entschieden zurück, daß, nachdem es der Gesetzgeber mit guten Gründen abgelehnt hat, die freie Arztwahl den Kassen vorzuschreiben, der Leipziger Verband jetzt den Krankenkassen seine einseitigen Forderungen durch die rücksichtslose Ausübung seiner Machtmittel aufzuzwingen sucht.

Als Träger der öffentlich-rechtlichen, im Interesse der allgemeinen Wohlfahrt geschaffenen Krankenversicherung erwarten die Krankenkassen von den gesetzgebenden Stellen und von den Behörden, daß sie vor den Verdröbungen und Bedrückungen des Leipziger Verbandes ausreichend geschützt werden, und daß ihnen unter allen Umständen die Möglichkeit sichergestellt wird, die ihnen für einen großen Teil des deutschen Volkes übertragene Fürsorge in Krankheitsfällen ordnungsmäßig durchzuführen. Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen, Dresden. Hauptverband deutscher Betriebskrankenkassen, Essen. Allgemeiner deutscher Knappschaftsverband, Berlin. Verband deutscher Innungs-Krankenkassen, Hannover. Zentrale für das deutsche Krankenkassenwesen, Berlin.

Streiks und Lohnbewegungen.

Braunschweig. In den beiden Wagenfabriken hier am Orte war es zu einer Lohnbewegung gekommen, die jetzt ihren Abschluß erreicht hat. Ge-

Magdeburg. Der vor zwei Jahren abgeschlossene und am 20. April ablaufende Tarifvertrag mit der Firma Völker u. Völker wurde auf ein Jahr verlängert. Die Arbeitszeit wurde von 53 auf 52 Stunden verkürzt, Zeilohnarbeiter erhalten Lohnausgleich, die Akkordpreise werden im Herbst angehoben. Der 1. Mai gilt als Feiertag. — Bei der Firma Wischhof wurde ein auf drei Jahre geltender Tarifvertrag vereinbart, wonach die Arbeitszeit von 60 auf 57 Stunden verkürzt worden ist.

Aus unserem Beruf.

Was soll der Junge werden? Diese Frage beschäftigt gegenwärtig viele Eltern. Alle Berufe werden besprochen, die Fähigkeiten des Lehrlingstributen in Vergleich zu den Anforderungen gestellt und vernünftige Eltern berücksichtigen auch die Neigung des Schulentlassenen. Soll er doch in dem zu erlernenden Beruf seinen Lebensunterhalt finden, zeitweilen darin erwerbstätig sein und wenn das entsprechende Alter erreicht ist, eine Familie gründen. Kurz gesagt, von der Berufswahl hängt die Zukunft und zum größten Teil das Lebensglück des werdenden Mannes ab. Es ist daher selbstverständlich, wenn gerade diese Frage vielen Eltern schwere Sorge bereitet. Diese zu erleichtern, fähigen sich einige Handwerkerkreise, indem sie in der bürgerlichen Presse den goldenen Boden ihres Gewerbes über das Vohnenliebe preisen und in den jungen Menschen Hoffnungen erwecken, deren Erfüllung ebenfalls eintritt, als es möglich ist, in einem Faber Heu eine Stednadel zu finden, oder in der preußischen Lotterie das große Los zu gewinnen.

Durch die bürgerliche Presse Sachsens und Schlesiens macht zurzeit eine Notiz aus hiesigen Handwerkerkreisen die Hände, durch welche die Eltern erjucht werden, ihr Augenmerk auf das Wagenbaufach zu richten. Dort würden den einzelnen Arbeiterkategorien: Schmieden, Stellmachern, Radierern, Sattlern und Gürtlern gute Arbeitslöhne gezahlt. Auch sei die Arbeitsgelegenheit in diesem Gewerbe bei der zunehmenden Ausdehnung des Karosserie- und Automobilbaus eine stetig wachsende. Junge Leute, die ein Handwerk erlernen wollen, fänden daher eine gute Existenzmöglichkeit in den Wagenfabriken, in denen sie auch als Lehrlinge in den einzelnen genannten Handwerken ausgebildet werden. Derartige Aufzählungen in der Presse sind mit großer Vorsicht aufzunehmen. Sie führen gar leicht dazu, daß diesen Schmiedern ein riesiger Zulauf an Lehrlingen zuteil wird. Dies ist denn auch die offensbare Absicht der Notiz. Wenn die Lage dieser Arbeiterkategorien wirklich eine so rosig wäre, wäre das selbstverständlich den Arbeitern nicht unbekannt und solche Lehrlingslostmittel vollkommen überflüssig. Nach der von uns im Vorjahre aufgenommenen Statistik herrscht in den sächsischen und schlesischen Wagenfabriken vorzugsweise die 60minütige Arbeitszeit und stellt sich der Stundenlohn für Wagenfabrikler wie folgt:

Table with 4 columns: Beruf, Stundenlohn in Bg., niedrigster, höchster, Durchschnitt. Rows include Bauhen, Chemist, Köchen, Gekoch, Marktrahnd, Meztane.

Die leichtfertig auch sonst noch in dieser Beziehung Behauptungen aufgestellt werden, versteht man hier aus der gerabozu unverantwortlich leicht hingeworfenen Bemerkung, im Wagenbauverberbe sei es einem jungen Manne auch mit bescheidenen Mitteln möglich, sich später selbstständig zu machen. Ebenso hätten die intelligenten Arbeiter in dieser Branche die Möglichkeit, durch Weiterausbildung gute Stellungen als Werkmeister und Techniker in Wagenfabriken zu erlangen. Der Wagen- und Karosseriebau gehöre danach zu denjenigen Gewerben, die man den jungen Handwerkerlehrlingen zu ihrem eigenen Besten angelegentlich empfehlen könne. Sind auch die erforderlichen Gelder zur Eröffnung einer handwerksmäßigen Wagenbauwerkstatt vielleicht in Verhältnis zu den Summen, die ein moderner

Karosseriegroßbetrieb erfordert, gering, so müssen doch schon verschiedene Tausende aufgebracht werden, um ein halbwegs lebensfähiges Unternehmen gründen zu können. Weshalb bleibt bei alledem, daß solche Zwergbetriebe mit den Großbetrieben in keiner Weise konkurrieren können. Nun gar der Hinweis auf die Möglichkeit, Werkmeister oder Techniker zu werden. Theoretisch ist es sogar jedem möglich, Millionär zu werden. Aber ebenso wie diese Möglichkeit durch den harten Stoß im Manne der Tatsachen sich in die Unmöglichkeit umkehrt, scheitert für das Gros der im Wagenbau fach Ausgebildeten der Werkmeisterposten schon an dem Umstande, daß diese Posten nur in verhältnismäßig geringer Zahl zu vergeben sind. Wenn also schon solche lauten Argumente als Lockspeise ausgeht werden, kann man auch daran erkennen, wie wenig Vertrauen die ganze Notiz verdient.

Es liegt uns nichts ferner als irgend jemanden von der Erlernung dieses oder jenes Berufes abzuraten zu wollen. Die oben gestellte Frage kann und darf nicht schematisch beantwortet werden. Hier sind Fähigkeiten und Neigungen ausschlaggebend. Wenn wir von der Empfehlung aus Handwerkerkreisen Notiz genommen haben, so nur darum, um junge Leute und Eltern vor übereifigen Hoffnungen zu warnen, die solche Prekognitionen hier und da hervorbringen können. Wer seinen Jungen in die Lehre schicken will, tut am besten, sich vorher bei der zuständigen Arbeiterorganisation zu erkundigen.

Der Verband süddeutscher Treibriemenfabrikanten hat seine Auflösung beschlossen. Der Verband war seinerzeit von Nürnberg-Fürther Riemenleberfabrikanten gegründet worden. Trotz der Auflösung wollen die Nürnberger Fabrikanten auch weiterhin von Zeit zu Zeit gemeinsame Besprechungen abhalten.

Die Arbeitslosigkeit unter den Mitgliedern des Sattler- und Portefeullerverbandes war nach den Berichten für das Reichsstatistische Amt im ersten Quartal 1912 nicht so groß als wie im gleichen Quartal des Vorjahres. Diesmal sind es die Damentaschensarbeiter und die im Vergen-Entheimer Industriegebiet Beschäftigten, die von dem schlechten Geschäftsgang hart in Mitleidenhaft gezogen wurden; im Vorjahre waren es die Militärlieferanten. Hier und in der Automobilindustrie kann die Konjunktur als günstig bezeichnet werden. Nach den amtlichen Zahlen wurden von den 12 739 (im Vorjahre 11 900) eingeschriebenen männlichen Mitgliedern 1360 (1387) mit 23 065 (22 838) Tagen arbeitslos. Unterjüht wurden 742 (897) für 10 634 (13 483) Tage mit 13 890 (16 830) Mk. Außerdem wurde in 286 (435) Fällen für 785 (1245) Tage pro Tag 1 Mk. Reiseunterstützung ausgezahlt. Von den 1147 (1086) weiblichen Mitgliedern waren 75 (98) arbeitslos, wovon an 45 (70) für 556 Tage 493 Mk. Unterstützung gezahlt wurde. Es haben die Berichtsfarten nicht eingekandt: Müllrose, Mlogau, Delmenhorst, Elberfeld, Kassel, Solingen, Biersen, Apolda, Halle, Ansbach, Hof, St. Steinheim, Colmar, Mannheim.

Aus Industrie und Handel.

Die Lederwarenindustrie in Frankfurt a. M. im Jahre 1911. Der Geschäftsgang in Portefeuller- und Karosseriearbeiten war nach dem Bericht der Handelskammer unbefriedigend. Die Umsätze dürften im allgemeinen diejenigen der Jahre 1909 und 1910 nicht erreichen. Die Hauptschuld an dem geringen Umsatz liegt an der Mode, denn die Fabrikation von Lederhandtaschen für Damen ist sehr zurückgegangen. Fast das ganze Jahr hindurch ließ Taschen aus Seide, Brokat und Samt denjenigen aus Leder vorgezogen werden. Ebenso hat die Ledergürtelfabrikation fast gänzlich aufgehört. Ferner hat, wie in früheren Berichten schon gesagt wurde, die Erstarlung der ausländischen Lederwarenfabrikation sowohl in kleinen Lederwaren als auch in Reiseartikeln große Fortschritte gemacht, so daß fast nach allen Exportländern der Umsatz zurückgegangen ist. In diesem Jahre dürfte wohl England das einzige Land sein, welches mehr als in früheren Jahren bezog, der Absatz nach den übrigen europäischen Ländern aber wird immer schwieriger. Auch hat die politische Unsicherheit dem Geschäft sehr geschadet. Der Umsatz mit Frankreich ist bis nach Erhebung der Marokkofrage sehr schlecht gewesen; das Geschäft mit Italien, der Türkei und auch den übrigen Balkanstaaten war gleichfalls nur sehr gering. Die Umsätze in Südamerika, namentlich in Argentinien und Brasilien, sind ebenfalls sehr zurückgegangen. Der im Jahre 1911 mit Schweden abgeschlossene Handelsvertrag hat eine abermalige Erhöhung der Zölle gebracht. Die von Frankreich im Monat September verfügte, aber noch nicht in Kraft getretene neue Tarabarrechnung würde den Export nach Frankreich schwer schädigen. Im allgemeinen sind der Lederwarenfabrikation andauernd Schwierigkeiten

durch alle abgeschlossenen Handelsverträge bereitet worden, was jährlich einen Rückgang des Exports verursacht hat. Das inländische Geschäft war bis zum Herbst schleppend, die große Hitze und vor allem die Teuerung aller Lebensmittel machte sich sehr bemerkbar, da Lederwaren als Luxusartikel in erster Linie in Mitleidenhaft gezogen wurden. Erst im Herbst war eine bedeutende gesteigerte Nachfrage zu bemerken. Der Umsatz reichte jedoch an die früheren Jahre nicht heran.

Die Preise der Rohmaterialien hielten sich im allgemeinen auf der Höhe des Jahres 1910, die Arbeitslöhne dagegen sind gesunken.

Im Kofferhandel war das Ergebnis des Berichtsjahres im allgemeinen zufriedenstellend. Wenn auch die Verkaufspreise immer noch nicht demart gesteigert werden konnten, wie es eigentlich durch die Lohnerhöhungen und die fortwährend anziehenden Materialpreise gerechtfertigt wäre, so wurde doch durch wesentlich gesteigerten Umsatz ein gewisser Ausgleich geschaffen. Der Umsatz wurde durch das gute Reisevermögen wesentlich beeinflusst. Mit den Arbeiterorganisationen wurde ebenso wie für die Portefeullerindustrie ein neuer auf fünf Jahre abgeschlossener Tarif vereinbart, welcher den Arbeitern eine Lohnerhöhung von mindestens 5 Proz. und eine Arbeitszeitverkürzung um eine Stunde von 54 auf 53 in der Woche brachte. Die Lohnerhöhung trat am 1. Oktober 1911 in Kraft, während die Zeitverkürzung ab 1. Juli 1912 gewährt ist, in vielen Betrieben aber schon jetzt eingeführt ist. Insofern trat vom 1. Januar 1912 an eine Preissteigerung ein, welche durch den Verband der deutschen Lederwaren- und Sattlerwarenindustriellen den Kunden durch Mundschreiben mitgeteilt wurde.

Kraftfahrzeuge verdrängen allmählich alle anderen Fuhrwerke. Diese Auffassung wird durch die Statistik bestätigt. Nach der letzten Zählung gab es im Deutschen Reich am 1. Januar d. J. insgesamt 70 000 Kraftfahrzeuge; das sind 12 200 oder 21 Proz. mehr als im Jahre zuvor. Unter dieser Gesamtzahl bieten natürlich die weitaus meisten Fahrzeuge, nämlich 63 162, dem Personenverkehr, 6 844 der Lastenbeförderung. Unter den erigennannten sind 20 000 Kraftträder mitgezählt. Die Zahl der Wagen verteilt sich, mit etwa je 14 000, ziemlich gleichmäßig auf die drei Typen mit weniger als 5 Pferdestärken (kleine), 5 bis 16 Pferdestärken (mittlere) und 16 bis 40 Pferdestärken (große). Besonders schwere Wagen mit mehr als 40 Pferdestärken zählte man 1235. Auch bei den Personenzugwagen ist die Zunahme gegenüber dem Vorjahre um so härter, je bedeutender die verfügbare motorische Kraft ist. So hat sich die Zahl der Wagen mit mehr als 40 Pferdestärken in diesem einzigen Jahre verdreifacht, derer mit 16 bis 40 Pferdestärken (Typ der Autordroschen und der meisten Tourenautomobile) immerhin fast verdoppelt. Dagegen haben die leichten Wagen (unter 5 Pferdestärken) an Zahl nur wenig zugenommen, die Kraftträder sogar abgenommen. Ueberblickt man die Verteilung der Kraftfahrzeuge innerhalb des Deutschen Reiches, so ergibt sich zunächst, daß Süd- und Mitteldeutschland darin vor Preußen einen Vorsprung hat. Zwar besitzt Preußen mit 34 700 von allen der Personenbeförderung dienenden Kraftfahrzeugen mehr als die Hälfte; im Verhältnis zur Einwohnerzahl berechnet, verfügt jedoch beispielsweise das Königreich Sachsen mit 6900 über beträchtlich mehr. Ein Umstand, der sich aus dem durchweg industriellen Charakter des Landes leicht erklärt. Doch steht auch Bayern verhältnismäßig mindestens nicht hinter Preußen zurück; Es-fach-Vorbringen steht auffallenderweise sogar an erster Stelle. Neben Berlin und der Provinz Brandenburg tritt noch das Rheinland mit fast 6000 Kraftfahrzeugen hervor.

Ueber die Lederwarenfabrik Albert Müller in Offenbach a. M., die sich seit Mitte März in Zahlungsschwierigkeiten befindet, ist der Konkurs eröffnet worden. Der außergerichtliche Vergleich auf der Basis von 50 Proz. ist gescheitert. Die Passiva werden auf 70 000 bis 80 000 Mk., die Aktiva auf 40 000 bis 50 000 Mk. geschätzt.

Korrespondenzen.

Brandenburg. (S. 15. 4.) Die Versammlung am 10. April beschäftigte sich mit der Vertrags-erhöhung. Aus der Debatte ging hervor, daß ein großer Teil der Mitglieder mit der vom Vorstand angekündigten Vertragssteigerung nicht einverstanden ist und nach ihrer Meinung zwingende Gründe dafür nicht vorliegen. Sie betrachten die Agitations-versammlungen des Zentralvorstandes nur als Mache, um die Kollegenschaft zu bereben und Stimmung zu machen für die Vertragssteigerung. Dem widersprechen einige unserer ältesten Mitglieder. Sie sind der Meinung, daß man soviel Vertrauen zum Zentralvorstand haben muß, um glauben zu können, daß denselben nur zwingende Gründe veranlassen,

eine Vertragserhöhung zu fordern. Um die Meinung der einzelnen Mitglieder kennen zu lernen, ließ der Vorsitzende eine geheime Abstimmung vornehmen, welche zeigte, daß von den 33 anwesenden Kollegen 21 gegen die Vertragserhöhung stimmten und 12 dafür stimmten. Auch die Frage: „Wie stellen wir uns zum Industrieverband?“ wurde besprochen und die Meinung vertreten, der Industrieverband lasse sich finanziell besser leisten als eine einzelne kleine Gewerkschaft. Es wurde der Wunsch ausgesprochen, daß die Delegierten auf der Generalversammlung den Zentralvorstand veranlassen möchten, Schritte zu unternehmen, damit man dem Ziele zum Industrieverband näher kommt. Am Schluß der Versammlung forderte der Bevollmächtigte alle Kollegen aufrichtig, sich zahlreich an den Veranstaltungen zum 1. Mai zu beteiligen.

Aus anderen Organisationen.

Der Deutsche Bauarbeiterverband zählte am Jahresschluß 1911 in 1469 Zweigvereinen 110.022 Mitglieder. — Erwerbslose Fortritter kann der Transportarbeiterverband verzeichnen. Am 31. Dezember 1911 zählte er 195.240, am Schluß des 1. Quartals 1912 aber 205.000 Mitglieder. — 9653 Mitglieder sind im Verband der Sattler- und Kilzwarenarbeiter vereinigt. — Sehr gut hat sich der Verband der Färbereiarbeiter im vergangenen Jahre entwickelt. Seine Mitgliederzahl stieg um 3122, von 12.380 auf 15.502. — Am Jahresschluß 1909 zählte der Fertilisarbeiterverband 104.301 Mitglieder, am Jahresschluß 1910 schon 118.075 Mitglieder, Ende 1911 jedoch 131.525 und gegenwärtig 135.000 Mitglieder. — Die Mitgliederzahl des Fleischerverbandes stieg von 3887 auf 5454.

Die Lohnbewegung im Schneidergewerbe gilt als beendet, nachdem am Grund des Schiedspräsidenten der Unparteiischen in Jena allenthalben am Dienstag nach Etern die Arbeit aufgenommen wurde. Lohnserhöhung erhalten: Berlin 8 1/2 Proz., Köln 5 1/2, Düsseldorf 7 1/2, Halle 7 1/2, Hamburg 7 bis 7 1/2 Proz. und dort wurde noch eine neue Klasse gebildet, in der 11 1/2 Proz. bewilligt wurden, Viegnitz 7 1/2 Proz. (für Hofen 12 Proz.), Lübeck für Zivil- und Damenkonfektion 7 1/2 Proz., Uniform 5 Proz., Magdeburg 7 Proz., Meiningen 5 1/2 Proz., München 9 Proz., Ludludburg 5 1/2 Proz., Solingen 5 Proz., Trier 5 1/2 Proz. In der Leipziger Samensmiederei wurde entschieden, daß die Arbeitszeit auf 9 Stunden verkürzt wird, in Danzig wurde die Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden verkürzt. Linburg, Offenbach und Weimar einigten sich ohne Schiedspräsident. — Bekanntlich leben bei der Görlicher Waggonfabrik von 1600 Beschäftigten 1200 seit einer Woche im Streik. Die Werkleitung hat bekanntgegeben, daß alle Arbeiter, die nicht wieder zur Arbeit kommen, aller Wohlfahrts-einrichtungen, die innerhalb des Betriebes für die Arbeiter geschaffen sind, verlustig gehen. Der erwartete Erfolg dieser Androhung blieb aus. Darauf hat die Werkleitung denjenigen ausständigen Arbeitern, die in der Gartenkolonie des Betriebes Laubengärtchen innehaben, als Tiergehege ein Schriftstück zugehen lassen, in dem den Inhabern das weitere Recht der Benutzung dieser Parzellen abgesprochen wird; es wird ihnen bestimmt, bis zu welchem Tage und zu welcher Stunde die in den Käuben befindlichen Gegenstände und Geräte entfernt werden müssen, gleichzeitig wird verlangt, daß die bereits gemachten Anpflanzungen entfernt werden sollen. Latonisch heißt es zum Schluß des Schreibens: „Vom 13. d. M. ab wird über Ihre Gartenparzelle anderweit verfügt werden.“ — Das ist der „Segen“ der Wohlfahrts-einrichtungen des Unternehmens. Dem Aufsichtsrat dieser Aktiengesellschaft, die 1910: 16 Proz. und 1911: 13 Proz. Dividende verteilte, steht ein freisinniger Parteiführer in Görlich vor. — Auf dem Verhandlungswege haben die Lausiger Granitarbeiter für 2400 Personen einen Bezirksrat abgeschlossen. — Die Siegereiarbeiter im Stuttgarter Industriebezirk haben durch den Metallarbeiterverband Forderungen bezüglich Erhöhung der Löhne, Regelung der Hebearbeit und Akkordpreise, sowie Verkürzung der Arbeitszeit geübt.

Sterbetafel.

Berlin. Am 9. d. Mts. verstarb der Portefeuller Franz Baumgart, 25 Jahre alt. — Am 12. d. Mts. verstarb der Portefeuller Max Fischer, 24 Jahre alt.
Ehre ihrem Andenken!

Soziales.

Die Ausführung des Heimarbeitengesetzes. Zur Ausführung des Hausarbeitsgesetzes ist jetzt für Preußen eine ausführliche Anweisung erlassen worden. Der neu geschaffene Begriff des Hausarbeiters ist, so heißt es darin, kein wirtschaftlicher, sondern ein gewerbepolizeilicher. Zogenannte Zwischenmeister, die ausschließlich ihre Familie beschäftigen, gelten als Hausarbeiter. Beschäftigen sie auch Hausarbeiter, so unterliegen sie den dafür geltenden Bestimmungen. Für die vorgegebene offene Auslegung von Lohnverzeichnissen oder Lohnzetteln sollen die nötigen Vorbereitungen getroffen werden. Auch wenn die Auslegung Schwierigkeiten macht oder die Lohnsätze bekannt sind, und selbst wenn keine Vorzüge für die Hausarbeiter zu erwarten sind, so soll die Auslegung künftig doch verlangt werden. Die Gewerbeaufsichtsbeamten sollen sorgfältig darauf achten, daß den Hausarbeitern kein allzu großer Verlust an Zeit durch die Ausgabe und Annahme der Arbeit entsteht. Die Beseitigung der Gefahren für Leben, Gesundheit oder Sittlichkeit soll insofern ohne Gefährdung der Lebensfähigkeit der Betriebe erfolgen. Es soll deshalb nur schriftliche und vorzüglich vorgelegene werden.

Hoffentlich bedeutet dieses vorsichtige Vorgehen in der Praxis aber nicht, daß aus lauter „Vorsicht“ die Schutzbestimmungen des Gesetzes niemals oder völlig ungenügend in Wirklichkeit treten.

An die Vorstände der freien Hilfskassen! Unter den Vorständen der freien Hilfskassen herrscht noch vielfach Meinungsverschiedenheit darüber, ob es schon jetzt an der Zeit ist, die Änderungen des Statuts nach dem neuen Recht vorzunehmen. Um dem zu begegnen, hat die auf dem Kongreß der freien Hilfskassen zur Wahrung der Interessen der Hilfskassen gewählte Kommission an die Kassenvorstände ein Zirkular gerichtet, aus dem wir entnehmen, daß diese Kommission mit dem Auftragsrat für Privatversicherung über einzelne bedeutsame Fragen verhandelt und Entgegenkommen zugeführt erhalten hat. Voraussichtlich dürfte im Krankentaggewesen der neue gesetzliche Zustand erst am 1. Januar 1914 in vollem Umfange in Kraft treten, so daß die Kassen Zeit genug haben, sich darauf einzurichten. Schon jetzt das Statut nach dem neuen Recht umzugestalten und zur Genehmigung einzureichen, sei zwecklos, weil das Aufsichtsamt erst dann zuständig ist, wenn die Aufhebung des Hilfskassengesetzes in Kraft getreten sein wird. Wenn letzteres der Fall sein wird, darüber ist noch nichts bekannt. Andererseits herrscht auch, zum mindesten soweit die „Ersparnisse“ in Frage kommen, in Einzelpunkten noch Unklarheit, die erst durch Verhandlungen mit dem Reichsversicherungsamt zu klären sein wird.

Die betreffende Kommission empfiehlt deshalb, daß diejenigen Kassen, bei denen die Abhaltung einer Generalversammlung mit Schwierigkeiten und großen Kosten verbunden ist, vorläufig von der Abhaltung einer solchen absehen möchten. Die Kommission wird auch Materialnotizen ausarbeiten, und die Kassen können solche zu gegebener Zeit auf Wunsch erhalten. Auch wird die Kommission, sobald Veranlassung dazu vorliegt, weitere Mitteilungen an die Kassenvorstände gelangen lassen.

Adressenänderungen.

Potsdam. B. Emil Dittrich, Charlottenstr. 8111.

Verfallungskalender.

- Nachen. Sonntag, den 28. April, vormittags 11 Uhr, Johanner- und Bauhinstrafen-Gde.
- Augsburg. Samstag, den 27. April, abends 8 1/2 Uhr, „Wittelsbacher Hof“, Reintengasse 406.
- München. Sonnabend, den 27. April, abends 8 1/2 Uhr, „Stadt Zitan“.
- Braunau. Dienstag, den 23. April, abends 8 1/2 Uhr, „Gewerkschaftshaus“, Werder 22.
- Dortmund. Samstag, den 27. April, abends 8 1/2 Uhr, „Germania-Halle“, Nordstraße 1.
- Düsseldorf. Samstag, den 27. April, abends 8 1/2 Uhr, „Wuppertaler Hof“, Mairnentstraße 65.
- Frankfurt a. M. Mittwoch, den 24. April, abends 8 1/2 Uhr, „Gewerkschaftshaus“, Heiner Saal.
- Halle a. S. Sonnabend, den 27. April, abends 8 1/2 Uhr, „Volkspark“.
- Heilbronn. Samstag, den 27. April, „Gewerkschaftshaus“.
- Kiel. Dienstag, den 23. April, abends 8 Uhr, „Gewerkschaftshaus“, Fährstraße 24.
- Al. Weim. Samstag, den 27. April, abends 8 1/2 Uhr, „Zum deutschen Kaiser“.
- Magdeburg. Sonnabend, den 27. April, abends 8 1/2 Uhr, „Burgallee“, Fischerstr. 28.
- Hürnberg. Sattler. Montag, den 22. April, abends 8 1/2 Uhr, „Gewerkschaftshaus“, Neue Gasse.
- Essenbach a. M. Montag, den 22. April, abends 8 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung im „Gewerkschaftshaus“, Aufstraße 9.
- Solingen. Sonntag, den 28. April, vormittags 9 1/2 Uhr, „Gewerkschaftshaus“.
- Stuttgart. Auto- und Wagenbranche. Samstag, den 27. April, abends 8 Uhr, Cannstatt, Markstraße 107.
- Heerßen. Sonnabend, den 27. April, abends 8 1/2 Uhr, „Schippmanns Herberge“.
- Karel. Sonnabend, den 27. April, abends 8 1/2 Uhr, „Hof von Eidenburg“.
- Verban. Sonnabend, den 27. April, abends 8 1/2 Uhr, „Kopfenblüt“, Albersstraße.
- Zwickau. Sonnabend, den 27. April, abends 8 1/2 Uhr, „Goldener Becher“, Innere Leipziger Straße.



Zentral-Frankenkasse der Sattler, Portefeuller v. Berufsgruppen Deutschlands, E. G. 64 in Berlin.

Quartalsversammlungen.

- Hamburg. Sonnabend, den 27. April, abends 9 Uhr, Quartalsversammlung, Gewerkschaftshaus, Dinst. R.
- Konstanz. Sonnabend, den 27. April, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant „Hühner“.
- Kassel. Sonnabend, den 20. April, abends 9 Uhr, bei Finis, Klosterstraße.

Verwaltungsstelle Berlin. Jugend-Abteilung.

Sonnabend, den 27. April, abends 8 Uhr, im Saal 11 des Gewerkschaftshauses:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Kollegen Sassenbach: „Auf der Walze“.
 2. Diskussion.
 3. Verschiedenes.
- Zahlreiches Erscheinen erwartet
Der Jugend-Ausschuß.

Sücht. Sattler

auf Anzugs- und Sattlerkoffer sofort auf dauernde Stellung gesucht.

Neuhaus & Rudolph, Dortmund, Auf dem Berge 26.

Ch. Chamay Ills, Reiseartikelgeschäft in Lausanne (Schweiz) sucht sofort tüchtigen

Kofferarbeiter.

Wir suchen per sofort mehrere tüchtige

Wagenfattler

(Wartner)

für dauernde Beschäftigung bei gutem Lohn.
Ludw. Kathe & Sohn, Karlsruherwerke, Halle a. S., Diemitz.

Weltbad Baden-Baden.

Infolge Todesfalls ist eine seit circa 45 Jahren mit bestem Erfolg geführte

Sattlerei

mit feinsten Kundschaft im Zentrum der Stadt und an denkbar bestem Plage gelegen sofort unter günstigen Zahlungsbedingungen zu verkaufen. Anwesen mit kompletter Einrichtung kann jederzeit eingesehen werden.

Franz Götz, Bettigstraße 10.

Georg Weibnachts Bierhaus, Grötker 21. E. Weib-, Bayrisch-, Kulmbacher Bier

Zahlstelle der Zentral-Frankenkasse der Sattler und der Ortsverwaltung des Verbandes der Sattler. Zahlstelle der „Freien Volkshilfe“.